N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 30.11.2007, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk
CDU:	Gottschlich, Heck, Jannasch, Kissel, Lohse, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Prof. Dr. Simon, Stompfe, Dr. Wulff
GRÜNE:	Dr. Baumann, Busch, Dorn, Göttling, Neuwohner, Dr. Perabo, Pistor, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann
Marburger Linke:	Gottschaldt, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Schäfer
FDP:	Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel
MBL:	Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel

Es fehlten entschuldigt:

Stadträtin Dr. Amend-Wegmann, Stadtverordnete Ackermann (CDU), Kaufmann (CDU), Vaupel (CDU), Adsan (Marburger Linke), Metz (Marburger Linke), Ludwig (MBL)

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:07 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gratuliert Oberbürgermeister Egon Vaupel zu seinem 10-jährigen Jubiläum als hauptamtliches Magistratsmitglied (Bürgermeister seit 01.11.1997, Oberbürgermeister seit 01.07.2005) und überreicht im Namen des gesamten Hauses einen Blumenstrauß.

Der Oberbürgermeister bedankt sich mit einer kurzen Ansprache für diese Aufmerksamkeit.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 2. November ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Änderungswünsche werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Der Stadtverordnete Weber-Hofmann (Bündnis 90/Die Grünen) trägt einen dringlichen Antrag betr. Verzicht auf Altenheim im Stadtwaldgelände für die heutige Tagesordnung vor. Für den Magistrat sprechen der Oberbürgermeister und der Bürgermeister. Der Stadtverordnete Stompfe (CDU) spricht sich gegen die Dringlichkeit aus.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP die Dringlichkeit. Damit ist jedoch die von der hessischen Gemeindeordnung geforderte 2/3 Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Die Stadtverordnete Schwebel (FDP) stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt 9 "Sanierungsgebiete Nordwestliche Oberstadt und Weidenhausen, Aktualisierter Beschluss zur Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung der Sanierungsgebiete in dem nordwestlichen Teil der Oberstadt und des Stadtteils Alt-Weidenhausen" von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und begründet dies. Für den Magistrat spricht der Bürgermeister. Da offensichtlich noch Beratungsbedarf im Hause besteht stellt Bürgermeister Dr. Kahle die Vorlage zurück bis zur Dezember-Sitzung.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt somit in der abgeänderten Fassung als genehmigt.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt noch einen Überblick über die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen und empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 1 11/2007)
Vorlage: VO/1930/2007

Wie ist das neue Organisationskonzept, für die öffentlichen Toilettenbenutzung 10 Cent zu zahlen, angenommen worden und wurde der Vandalismus dadurch eingeschränkt?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die neue Regelung betrifft die öffentlichen Toiletten Markt 8 und Pilgrimstein Oberstadtaufzug. Nach Auskunft von Praxis GmbH (Maus) wird das Angebot nur spärlich genutzt, im Durchschnitt betragen die Tageseinnahmen je öffentlicher Toilette ca. 3 €, dies entspricht 30 Nutzern.

Die Vandalismusschäden in den öffentlichen Toiletten sind stark rückgängig, ob dies jedoch an dem neuen Konzept liegt, ist nicht eindeutig nachweisbar. So waren in 2006 die meisten Vandalismusschäden in der öffentlichen Toilette Schülerpark, wo das neue Organisationskonzept nicht zum Tragen kommt.

In 2006 und 2007 sind bis jetzt folgende Kosten zur Beseitigung von Vandalismusschäden in den beiden öffentlichen Toiletten angefallen:

Toilette Oberstadtaufzug

2006	1.200 €	2007 (Stand 12.11.)	600 €

Toilette Schülerpark

2006	1.300 €	2007 (Stand 12.11.)	250 €

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschaldt (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 2 11/2007)
Vorlage: VO/1956/2007

Kann der Magistrat mitteilen, wie der Rücklauf der Karten war, die "german stage service" im Rahmen des Elisabethjahres unterstützt vom Kulturamt in Sammelboxen stadtweit einsammelte und was auf den Karten

(stichwortartig) stand unter dem Motto "...mich würde froh machen, wenn..."?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Bei der Aktion „Dass wir die Menschen froh machen müssen…!" der Theaterwerkstatt sind zwischen März und Juli 2007 insgesamt 944 Postkarten zusammen gekommen.

Die Postkarten wurden an insgesamt 8 Plätzen im Marburger Stadtgebiet in eigens dafür installierten Sammelbriefkästen eingeworfen und von uns archiviert. Die gesammelte Bandbreite an Äußerungen und Wünschen wurde von der Theaterwerkstatt in einer 8-stündigen Non-stop-Lesung in der Oberstadt am 14. Juli der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Theaterwerkstatt bittet um Verständnis, dass die Beiträge nicht nochmals wiedergegeben werden , da sie zum einen nur für diesen einmaligen Zweck der Öffentlichkeit präsentiert wurden, zum anderen diese Wünsche z. T. sehr privaten Inhalt haben.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth-Sperling (Nr. 3 11/2007)
Vorlage: VO/1931/2007

Wie sichert die Verwaltung ihre Information über die unterirdischen Ver- und Entsorgungssysteme (Wasser, Abwasser, Gas, Elektrizität, Telekommunikation), wie gelangen Betriebe an diese Information und wie wird sie gegen Unbefugte gesichert?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Fachdienst Tiefbau hat keine vollständigen Informationen über die unterirdischen Ver- und Entsorgungseinrichtungen. Die erforderlichen Informationen werden projektbezogen von den jeweiligen Versorgungsträgern eingeholt und in den Projektakten aufbewahrt.

Durch Anfrage bei den jeweiligen Versorgungsträgern erhalten auch die ausführenden Firmen ihre Information. Die Sicherheit der herausgegebenen Daten hängt von der Integrität der beteiligten Personen ab. Wie die vollständigen Daten der Versorgungsunternehmen gesichert werden, ist von dort zu klären.
Die SWM sind zuständig für die Leitungssysteme Wasser, Abwasser, Strom, Gas und Wärme und darüber hinaus für das Glasfaserkabelnetz, das von Stadt und Stadtwerke Marburg GmbH entwickelt wurde.
Die Informationen darüber sind in unserem GIS (Graphisches - Informations - System) hinterlegt und gesichert. Zugriff auf diese Daten hat nur berechtigtes Personal der Stadtwerke Marburg GmbH.
Planauskünfte werden nur an berechtigte Firmen mit Aufbruchgenehmigung und gegen Unterschrift persönlich in Papierform erteilt.

Darüber hinaus sind die Stadtwerke Marburg gem. Kooperationsvertrag mit dem Magistrat der Stadt Marburg vom 21. Mai 2003 verpflichtet, die gesamte Dokumentation der vorhandenen und noch zu verlegenden

Datenkommunikationsleitungen, Leerrohre, Schächte, Betriebsanlagen und möglichen Datenleitungstrassen der Stadt zu übernehmen. Dies gilt auch für Leitungen und Leitungstrassen, die von Dritten aufgrund der Vermarktungsaktivitäten der Stadtwerke verlegt werden.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Christiane Gottschaldt (Nr. 4 11/2007)
Vorlage: VO/1932/2007

Was wurde bisher konkret unternommen, um bedürftigen und transferleistungsabhängigen Eltern bei der Ausstattung ihrer Kinder mit Lernmitteln bei der Einschulung und während der weiteren Schulzeit zu unterstützen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Fachdienst Schule hat bei Gesprächen mit dem Staatlichen Schulamt auf die Problematik hingewiesen und darum gebeten, bei den Schulleiterdienstversammlungen die Thematik anzusprechen.
Darüber hinaus hat die Schuldezernentin bei der letzten Sitzung des Stadtelternbeirates am 26. September die Elternbeiräte sensibilisiert, die Problematik an ihren jeweiligen Schulen anzusprechen und mit darauf zu achten, dass die geforderten zusätzlichen Ausgaben auf das notwendige Maß beschränkt werden.

Außerdem wurde das Problem durch die Schuldezernentin sowohl im Sozial- wie auch im Schul- und Kulturausschuss des Hessischen Städtetages angesprochen. Mit einer breiten Unterstützung der anderen kommunalen Mitglieder in den Gremien wurde der Ministeriumsvertreter beauftragt, Lösungen des Problems zu erarbeiten (z. B. über eine überfällige Aktualisierung der Lernmittelliste, wie dies auch im Schul- und Kulturausschuss und mit Vertreter/innen des Staatlichen Schulamtes diskutiert wurde).

Unabhängig von diesen Fragen hat der Magistrat für die 2. Lesung im Haushalt 2008 Mittel angemeldet, um die Mittagessen in Schulen deutlich kostengünstiger zu gestalten, speziell für einkommensschwache Familien, um sie an dieser Stelle zu entlasten.
Daneben wurden auch die Aktionen der Marburger Tafel zum Schuljahresbeginn vom Magistrat unterstützt. Bei der anstehenden Schulkonferenz mit den Marburger Schulleitungen am 5. Dezember wird der Punkt ebenfalls auf der Tagesordnung stehen.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Christiane Gottschaldt (Nr. 5 11/2007)
Vorlage: VO/1933/2007

In welcher Weise sind inzwischen wie viele Mitarbeiterinnen in welchen

Abteilungen der Stadtverwaltung im Gebrauch der leichten Sprache geschult worden und, welche Veröffentlichungen der Stadt sind inzwischen in leichter Sprache herausgebracht worden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle in Vertretung von Oberbürgermeister Vaupel:

Gemäß Stadtverordnetenbeschluss hat der Fachdienst 10.4 inzwischen ein Gespräch mit Herrn Visse und Herrn Markus (Behindertenbeirat) sowie Frau Hühnlein vom Fachdienst Soziales geführt, um die weitere Vorgehensweise / Einbeziehung des Behindertenbeirats in das Projekt „Leichte Sprache" abzuklären.

In diesem Gespräch wurde vereinbart, dass die Vertreter des Behindertenbeirats in der nächsten Plenumssitzung des Behindertenbeirats am 29. November das Thema besprechen und höchstwahrscheinlich eine eigene AG einrichten werden. Darüber hinaus wollen sie Vertreter der Lebenshilfe sowie des fib mit einbeziehen, da beide Organisationen Erfahrungen mit dem Umgang des Klientels, für das eine leichte Sprache der Stadtverwaltung umgesetzt werden soll, haben.

Zudem wurde der Vorschlag gemacht, für schwierige Begrifflichkeiten, die u. a. aus rechtlichen oder fachlichen Gründen unumgänglich sind, ein beschreibendes Glossar zu entwickeln. Dieses Glossar der Begrifflichkeiten würde spezifisch auf die jeweiligen Bescheide oder Schriftstücke zugeschnitten und diesen angehängt.

Es wurde vereinbart, zunächst das Hauptaugenmerk auf den Bereich Soziales zu lenken, weitere Bereiche sollen folgen.

Inwieweit ein professioneller Schulungsbedarf „Leichter Sprache" wie im Falle der Stadt Kassel besteht, wird sich im Rahmen der weiteren Vorgehensweise zeigen.

Da das Thema „Leichte Sprache" durch die bisherige Kommunikation im Zusammenhang mit dem Antrag in der Stadtverordnetenversammlung der Gesamtverwaltung bekannt ist, hat dies sicherlich zu einer weiteren Sensibilisierung der Mitarbeiterschaft geführt, die sich im Schriftwechsel und auch in der Redaktion von Publikationen niederschlagen wird.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschaldt (Marburger Linke) wird von Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr. 6 11/2007)
Vorlage: VO/1934/2007

Der Magistrat wird gebeten mitzuteilen, welche Maßnahmen vom Ordnungsamt unternommen werden, um den Verkauf von Alkohol an Kinder und Jugendliche zu unterbinden? Wie häufig und in welcher Form erfolgen Kontrollmaßnahmen in den Lebensmittelgeschäften im Zentrum der Stadt (insbesondere an Wochenenden und in den Abendstunden) sowie an Plätzen, wo sich Kinder und Jugendliche in den Abendstunden aufhalten (z. B. Mensa, Lahnwiesen, Hörsaalgebäude)?

Da die Fragestellerin zur Zeit nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Während der Außendienste achten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besonders auf die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen. Jeder nachweisbare Verstoß wird mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten konsequent verfolgt.

Die Polizei unterstützt uns sehr engagiert bei gemeinsamen Kontrollen. In den letzten sechs Wochen fanden in neun Nächten an den Wochenenden Jugendschutzkontrollen in Geschäften und an allen uns bekannten Treffpunkten der Jugendlichen statt.
In den Lebensmittelgeschäften im Zentrum werden branntweinhaltige Getränke nach entsprechenden Ausweiskontrollen nicht an Personen unter 18 Jahren verkauft.
Da jedoch eine erhebliche Anzahl alkoholisierter Jugendlicher angetroffen wurde, muss davon ausgegangen werden, dass volljährige Personen den Alkohol kaufen und an Jugendliche unter 18 Jahren weitergeben. Allerdings ist der Nachweis wegen fehlender Zeugenaussagen praktisch unmöglich.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

---

zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 7 11/2007)
Vorlage: VO/1935/2007

An wie vielen Tagen stand in den letzten Jahren das Lahnvorland aufgrund von Hochwassersituationen nicht für Parken zur Verfügung?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle in Stellvertretung für Oberbürgermeister Vaupel:

Wie der DBM mitteilt, stand das Lahnvorland

im Jahr 2003	an 25 Tagen,
im Jahr 2004	an 23 Tagen,
im Jahr 2005	an 27 Tagen,
im Jahr 2006	an 32 Tagen und
im Jahr 2007 bis heute	an 84 Tagen

wegen Hochwasser nicht für Parken zur Verfügung.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 8 11/2007)
Vorlage: VO/1936/2007

Gibt es preisliche Unterschiede für Bewohnerparkausweise in verschiedenen Bereichen der Stadt und wenn ja, wie unterscheiden sich die Preise für Parkplätze auf dem Lahnvorland ganzjährig sicher nutzbaren Bewohnerparkbereichen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle in Stellvertretung für Oberbürgermeister

Vaupel:

Die Gebühr für einen Bewohnerparkausweis im Stadtgebiet beträgt nach der bundesweit geltenden Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr jährlich 30,70 €, die Gebühr für die Ausnahmegenehmigung für Gewerbetreibende und sonstige Institutionen 50,00 € und die Gebühr für das Parken im Lahnvorland für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Gewerbetreibenden der Oberstadt 30,00 €.

Sollte sich die Tendenz auch im Jahr 2008 fortsetzen, dass das Lahnvorland auf Grund der Hochwasserlage an überdurchschnittlich vielen Tagen nicht zur Verfügung steht, kann die Gebühr reduziert werden.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 9 11/2007)
Vorlage: VO/1937/2007

Kann Man bei häufig genutzten - aber besonders steilen - Wegen/Pfaden im Bereich des Naturschutzgebietes Dammelsberg Aufstiegshilfen (Holzgeländer o. ä.) einrichten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Am 07.03.2005 wurde vom Magistrat die Umsetzung eines Nutzungskonzeptes für das damals einstweilig sichergestellte Naturschutzgebiet „Dammelsberg und Köhlersgrund" beschlossen (Beschl.-Nr. 1887). Kern des Konzeptes ist die gezielte Lenkung der Besucher auf zwei den Dammelsberg umspannenden Hauptwegen unter gleichzeitiger Einziehung des umfangreichen Netzes aus Nebenwegen.

Die derzeit noch existierenden Nebenwege werden vollständig aus der Pflege herausgenommen, d.h. es werden keine Verkehrssicherung und keine Unterhaltungsmaßnahmen mehr durchgeführt. Die Bänke und Papierkörbe entlang der Nebenwege wurden entfernt und der Lehrpfad auf der Kuppe des Dammelsberges, der bereits wegen Vandalismus stark reduziert wurde, wird eingezogen.

Der sehr alte Eichenbestand am Dammelsberg lässt eine Durchwegung in der Fläche nicht mehr zu. Mehrfach sind insbesondere in der Kuppenlage alte Bäume umgestürzt. Um das sehr feingliedrige Fußwegesystem einigermaßen verkehrssicher zu gestalten, müsste eine Vielzahl der gerade den Dammelsberg charakterisierenden alten Eichen gefällt werden. Dies kollidiert jedoch mit dem Schutzzielen des inzwischen von der Landesregierung als FFH-Gebiet gemeldeten Lebensraums. Insbesondere der Hirschkäfer, aber auch die besonders schützenswerten Fledermausarten sind gerade auf diesen alten, und z. T. im Zerfall befindlichen Eichenbestand angewiesen.

Da sich die besonders steilen Wege und Pfade im Bereich der o. g. Nebenwege finden, ist eine Einrichtung von Aufstiegshilfen nicht vorgesehen.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dietmar Göttling (Nr. 10 11/2007)
Vorlage: VO/1938/2007

Der Landkreis hat sich mit den Gemeinden im Kreis auf eine Berechnung der Schwimmbadkosten pro Schulstunde geeinigt. Diese Kosten sollten künftig durch die Schulumlage finanziert werden. Wie hoch sind die vereinbarten Verrechnungskosten des Kreises mit den Kommunen im Vergleich zu den Verrechnungskosten in der Stadt Marburg für die Badnutzung des AquaMar durch die Schulen?

Es antworten Stadträtin Dr. Weinbach:

Zunächst wird darauf hingewiesen, dass lediglich die Tausendfüßler-Schule in einem Schwimmbad des Landkreises Sportunterricht durchführt, nämlich im GrundBad in Heskem-Mölln. Die dort entstehenden Kosten lassen sich nicht exakt mit denen des AquaMar vergleichen, da die Berechnungsgrundlagen unterschiedlich sind und die Höhe der Kosten beispielsweise von der gemeinsamen Nutzung durch andere Schulen abhängig ist.

Bezogen auf die Nutzung durch die Tausendfüßler-Schule sind die jetzt entstehenden Kosten im Vergleich zu denen, die im AquaMar entstanden wären, fast identisch und belaufen sich auf ca. 5.000 € jährlich.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dietmar Göttling (Nr. 11 11/2007)
Vorlage: VO/1939/2007

Wird die Stadt Marburg durch die Änderung der Finanzierung der Schwimmbadbenutzung im Schülerbereich belastet oder ist dies für die Stadt Marburg (infolge der Finanzierung über die Schulpauschale) kostenneutral?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Dies sieht zunächst kostenneutral aus, ist es aber nicht. Auf meine Intervention hin hat der Kreis diese Kosten nicht über die Kreisumlage finanziert, sondern über die Schulumlage. Die Abführung der Kommunen an den Kreis betragen 47 % Kreisumlage und 8 % Schulumlage, also 55 %. Aufgrund der Überlegungen, die Kosten des Schwimmunterrichtes anders zu verteilen, hat der kreis die Kreisumlage auf 39 % herabgesetztund die Schulumlage auf 16 % erhöht, und zwar für alle Kommunen außer der Stadt Marburg. Normalerweise hätte es hier noch zu einer Absenkung der Kreisumlage kommen müssen. Dann wäre es wirklich kostenneutral für die Stadt. Ich bin sowieso der Auffassung, dass wir kostendeckende Gastschulbeiträge nehmen sollten für alle Kommunen.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 12 11/2007)
Vorlage: VO/1940/2007

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob ihm das Aussehen des Bühnenbodens in der Stadthalle bekannt ist und ob geplant ist, wenigstens einen Anstrich vorzunehmen, um den peinlichen Eindruck zu beheben, den

der derzeitige Zustand des Bodens bei den Mitwirkenden und bei den Besuchern von Konzerten und anderen öffentlichen Ereignissen hervorrufen muss?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Problematik des Bühnenbodens ist dem Magistrat seit längerem bekannt. Ein abschleifen und streichen der Hölzer ist nicht mehr möglich.
Um Absplitterungen und damit Verletzungen der Künstler bei Aufführungen durch die aufgerissenen Hölzer zu vermeiden, wurde provisorisch ein Gummibelag aufgebracht.

Die Haushaltsmittel für die Erneuerung des Bühnenbodens von 140.000 € werden seit mehreren Jahren beantragt, aber aus Einspargründen nicht veranschlagt.

Im Entwurf des Haushaltsplanes 2008 sind für die Maßnahme folgende Mittel veranschlagt:

Haushaltsansatz 10.000 € und eine Verpflichtungsermächtigung von 130.000 €.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 13 11/2007)
Vorlage: VO/1941/2007

Wie viele Bürgerinnen und Bürger nahmen in den Jahren 2002, 2003, 2004, 2005, 2006 und 2007 den Stadtpass in Anspruch?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Eine valide statistische Auswertung ist erst seit dem 27.05.2002 möglich, da dem Fachdienst 50 die entsprechende Software ab diesem Zeitpunkt zur Verfügung steht.

Die nachfolgende Tabelle gibt Auskunft über die Anzahl der Personen sowie die ausgestellten Stadtpässe pro Jahr.

Jahr	Personen	Stadtpässe
2002 (ab 27.05)	2.728	3.157
2003	3.644	5.593
2004	3.651	6.149
2005	3.685	6.996
2006	3.711	6.040
2007 (bis 19.11)	3.486	5.733

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

---

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth-Sperling (Nr. 14 11/2007)
Vorlage: VO/1958/2007

Welche Ergebnisse hat der Magistrat inzwischen bei dem Versuch erzielt, dem KFZ bei der Suche nach einer neuen Wirkungsstätte zu helfen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Rahmen des Workshops zur Campusplanung ist dieses Thema intensiv sowohl in einer Arbeitsgruppe als auch im Plenum diskutiert worden. Es ist beabsichtigt, das Funktionsprogramm des KFZ in den städtebaulichen Ideenwettbewerb für den Brauereistandort einzubeziehen. Allerdings sollen dabei auch Möglichkeiten geprüft werden, die Funktionen des Kulturbausteins KFZ mit einer für diesen Standort notwendigen Cafeteriafunktion in Verbindung zu bringen.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 15 11/2007)
Vorlage: VO/1942/2007

Wie viele Sozialhilfeempfänger(innen), die im Frühsommer unter Aufsicht von Personen der Freiwilligenagentur zu dreistündiger Tätigkeit herangezogen wurden, konnten anschließend, wie geplant, dem KreisJobCenter zugeführt werden?

Da die Fragestellerin zurzeit nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Um zukünftig Missverständnisse zu vermeiden, ist es uns wichtig klar zu stellen, dass es sich bei dem Projekt „Raus ins Leben" um ein Angebot des Fachbereiches 4 handelt, das die freiwillige Teilnahme von sozialhilfeberechtigten Menschen voraussetzt. Darüber hinaus ist die Begleitung dieser Menschen von über die Freiwilligenagentur vermittelten ehrenamtlichen Personen als Unterstützung gedacht, sofern diese benötigt wird.
Im Rahmen des o. a. Projektes wird daher niemand zur Arbeit „herangezogen" und auch nicht unter „Aufsicht gestellt".

Vorrangiges Ziel dieses bewusst niedrigschwelligen Projektes ist es, Ressourcen von Menschen wieder zu aktivieren sowie an ihren Neigungen/Interessen/beruflichen Vorerfahrungen u. ä. anzusetzen, um ihnen eine ihren gesundheitlichen Einschränkungen entsprechende sinnvolle Tagesstrukturierung in Form von Betätigung/Arbeit/Beschäftigung zu ermöglichen.

Die „Rückführung" ins SGB II ist in diesem Zusammenhang ein mögliches Fernziel, das eintreten kann, aber nicht muss.

Von den an dem Projekt teilnehmenden Personen ist bisher niemand ins KreisJobCenter gewechselt.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

---

zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 16 11/2007)
Vorlage: VO/1943/2007

Kann der Magistrat Auskunft geben, was er zu tun gedenkt, um die Bahnanbindung Marburgs wenigstens wieder auf den Stand Dezember 2006 zu bringen. In der Öffentlichkeit wurde vom RMV die Einführung des so genannten Mittelhessen-Express als Fortschritt verkauf, der in Wirklichkeit zu ganz erheblichen Einschränkungen der Anbindung Marburgs an Kassel aber auch an Frankfurt geführt hat.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Auf eine kleine Anfrage in gleicher Angelegenheit zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2007 hatte der RMV bereits mitgeteilt, dass die Ausweitung des Verkehrsangebotes einer genauen Untersuchung des möglichen Fahrgastpotentials bedarf und zusätzliche Zugfahrten dann - wenn überhaupt - nur mit erheblicher Beteiligung der betroffenen Gebietskörperschaften zu finanzieren sind.

Die Verbesserung der Bahnanbindung nicht nur der Universitätsstadt Marburg sondern der gesamten Region wird bereits in einem Arbeitskreis unter Federführung des 1. Kreisbeigeordneten Dr. Karsten McGovern und unter Beteiligung der in der Fläche betroffenen Kommunen eingehend thematisiert. Forderungen des Arbeitskreises auf Ausweitung des Bahnangebotes wurden dabei von Seiten des RMV bisher ebenfalls dahingehend beantwortet, dass dies - wenn überhaupt - nur mit erheblicher finanzieller Beteiligung der betroffenen Kommunen möglich sein wird. Auf mehrfache Intervention und mit Unterstützung des Oberbürgermeisters der Universitätsstadt Marburg konnte zwischenzeitlich zumindest Gesprächsbereitschaft beim RMV erzielt werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten August Scherer (Nr. 17 11/2007)
Vorlage: VO/1959/2007

Kann der Magistrat schon beantworten, wie die Umleitung während der Baumaßnahme an der L 3092 gelöst wird?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle in Stellvertretung für Oberbürgermeister Vaupel:

Aus Richtung Caldern wird der Umleitungsverkehr ab dem neuen Kreisel K 77/L 3092 über die K 77, den Stadtteil Dagobertshausen und die K 78 geleitet.

Aus Richtung Marburg wird der Verkehr ab dem Abzweig "Görzhausen" über die K 79 und den Stadtteil Michelbach geleitet.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Scherer (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Um 18:00 Uhr übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 18 11/2007)
Vorlage: VO/1944/2007

In wie vielen Fällen wurde das Jugendamt in 2006 und 2007 aufgrund einer Meldung der Polizei tätig?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Wir gehen davon aus, dass hier polizeiliche Meldungen im Kontext von Kindeswohlgefährdungen im Focus des Interesses stehen.

Im Jahr 2006 wurde das hiesige Jugendamt in 5 von 47 Fällen von Kindeswohlgefährdung aufgrund einer Meldung der Polizei aktiv.

Im laufenden Jahr 2007 hingegen wurde das Jugendamt in 3 von 62 Fällen aufgrund polizeilicher Meldungen tätig.

Zusatzfragen des Stadtverordneten Severin (SPD) und Gottschlich (CDU) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 19 11/2007)
Vorlage: VO/1945/2007

Wie viele Mittel haben die Stadt Marburg und ihre Unternehmen in diesem Jahr in Photovoltaik-Anlagen investiert und welche weiteren Investitionen sind noch geplant?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Jahr 2007 haben die Stadtwerke Marburg GmbH ca. 115.000 € in den weiteren Ausbau einer Photovoltaikanlage auf der Bushalle investiert. Dies war die Erweiterung einer bereits bestehenden Anlage aus dem Ökostromfond.

Bei diesem Geld handelte es sich um die Einnahmen aus dem Ökostromtarif.

Die Mittelverwendung erfolgt hier treuhänderisch. Der Einspeiseerlös fließt in die entsprechende Rücklage.

Für 2008 planen die Stadtwerke Marburg GmbH den Bau einer Photovoltaikanlage mit einem Investitionsvolumen von 480.000 €. Diese Anlage wird allein aus Mitteln der Stadtwerke Marburg GmbH finanziert. Diese Anlage wird sich im Eigentum der Stadtwerke Marburg GmbH befinden.

zu 4.20 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 20 11/2007)
Vorlage: VO/1946/2007

Sieht der Magistrat eine Möglichkeit unsere Wochenmärkte auf der Marburger Homepage gezielt zu bewerben?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle in Stellvertretung für Oberbürgermeister Vaupel:

Der aktuelle Internetauftritt der Universitätsstadt Marburg unter www.marburg.de <http://www.marburg.de> ist auf der Philosophie aufgebaut, dass sich der Nutzerin bzw. dem Nutzer nach dem Anmelden von www.marburg.de <http://www.marburg.de> zunächst die Navigationspunkte Service & Rathaus, Tourismus & Kultur, Aktuelles, Universität & Wirtschaft sowie Gesellschaften zeigen. Auf der Startseite / Homepage gibt es bereits eine Suchfunktion, in der die Nutzerin und der Nutzer in einem Suchfenster einen Suchbegriff angeben kann, im konkreten Fall wird unter dem Wort „Wochenmarkt" eine detaillierte Information (s. Anlage) geboten, die über Öffnungszeiten und auf die Möglichkeiten, sich für die Teilnahme an einem Markt zu bewerben, enthält.

So ist bereits mit einem Zugriff über die Startseite unter einem Stichwort gewährleistet, dass Interessierte im Sinne der Fragestellerin zum Ziel kommen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Röder (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Um 18:08 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.21 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhard Weber-Hofmann (Nr. 21 11/2007)
Vorlage: VO/1960/2007

Die deutsche Telekom bietet den Mitgliedern des Hessischen Städtetages, deren Eigenbetrieben und Mehrheitsbeteiligungen neuerdings ein Tarifmodell an, das als Flatrate alle Anrufe ins deutsche Festnetz sowie in die Netze D1, D2, E-Plus und 02 enthält. Damit werden die anfallenden Telefonkosten planbar.
Machen die Stadt Marburg und die städtischen Betriebe von diesem Tarifmodell Gebrauch?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle in Stellvertretung für Oberbürgermeister Vaupel:

Bereits Anfang des Jahres 2007 haben wir von einem neuen Tarifmodell der Deutschen Telekom erfahren.
Dieses Modell war nach entsprechender Prüfung für die Stadtverwaltung finanziell so interessant, dass die Stadt Marburg diesem Tarif-VPN (Telekom virtuelles privates Netzwerk) bereits am 09.05.07 beigetreten ist.

Durch Verzögerung bei T-Systems ist jetzt erstmalig der Monat Oktober 2007 nach diesem Tarifmodell abgerechnet worden.
Von dem neuen zusätzlichen bzw. ergänzenden Tarifmodell "Portpreis" haben wir durch das Schreiben des Hess. Städtetags vom 08.11.2007 erfahren.
Darauf hin wurde umgehend mit der Deutschen Telekom Kontakt aufgenommen, um hier ergänzende Kenntnisse zu erlangen. Bei einem Besuch des für uns zuständigen Mitarbeiters der Deutschen Telekom konnten jedoch einige wichtige Detailfragen noch nicht geklärt werden. Hier erwarten wir eine Antwort in den nächsten Wochen.
Insbesondere betrifft dies unsere Primärmultiplexanschlüsse (werden innerhalb unserer Hauptanlage benötigt, um Gespräche entsprechend empfangen und verteilen zu können).
Hier ist es nach Aussage des Telekom-Mitarbeiters jedoch fraglich, ob dieses neue Modell überhaupt für eine solch komplexe Anlage nutzbar ist.

Von uns ist angedacht, mit unserem Vertrag (Abschluss im Mai 2007) bis Ende März 2008 zu arbeiten, da uns erst bis dahin aussagekräftige Vergleichszahlen vorliegen um dann eine fundierte Aussage treffen zu können (Abrechnungsmonate ohne längere Ferien und Urlaubszeiten).

Es kann allerdings bereits jetzt gesagt werden, dass ca. 70-80 % unserer Anschlüsse (Kindergärten, Bürgerhäuser, Notrufanlagen, …..) schon heute unter dem Preisniveau der neuen Flatratekosten liegen, sodass diese Anschlüsse nicht für den T-VPN bzw. das ergänzenden Portpreismodell „Portpreis"
in Frage kommen.

Ergänzend ist noch zu sagen, dass bereits in der Vergangenheit Verträge mit der Telekom abgeschlossen wurden, die nicht vergleichbar mit den Tarifmodellen aus dem privaten Bereich waren.
Alle Angebote vom „freien Markt" lagen bisher deutlich über unseren gültigen Verträgen.

Auch zukünftig wird durch unsere Mitarbeiter der Markt sehr genau beobachtet, um das jeweils günstigste Preismodell für die Stadtverwaltung zu erhalten.

---

zu 5 Bericht des Kinder- und Jugendparlaments

---

zu 6 Marburger Ortsrecht
II. Nachtrag zur Satzung über die Zahlung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/1795/2007

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat über die Vorlage getrennt abgestimmt. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu den vorgesehenen Entschädigungen der Ortsvorsteher.

Zur vorgesehenen Entschädigung für den Ausländerbeirat empfiehlt der Haupt-

und Finanzausschuss einstimmig die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Er weist in seinen Ausführungen auch daraufhin, dass in der Vorlage ein Schreibfehler enthalten ist: unter Nr. 2 der zweiten Nachtragssatzung muss statt Paragraph 1 Paragraph 3 eingesetzt werden. Weiterhin sprechen die Stadtverordneten Heck (CDU), Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke), Göttling (SPD), Schwebel (FDP), Pfalz (CDU) und Becker (SPD).

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher genau wie im Haupt- und Finanzausschuss über die Bestandteile der Vorlage getrennt abstimmen.

Zu Ziffer 1. des II. Nachtrages zur Satzung über die Zahlung über Entschädigung an ehrenamtlich Tätige der Universitätsstadt Marburg:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Nein-Stimmen der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

§ 3 Abs. 1 Ziff. 1.7 der Satzung über die Zahlung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige erhält folgende Fassung:

1.7 die Ortsvorsteher/-innen in den Stadtteilen

bis 300 Einwohner	**244,00 €**
von 301 bis 500 Einwohner	**301,00 €**
von 501 bis 750 Einwohner	**364,00 €**
von 751 bis 1 000 Einwohner	**425,00 €**
von 1 001 bis 2 000 Einwohner	**486,00 €**
von 2 001 bis 4 000 Einwohner	**593,00 €**
über 4 000 Einwohner	**873,00 €**

Zu Ziffer 2. des II. Nachtrages zur Satzung über die Zahlung über Entschädigung an ehrenamtlich Tätige der Universitätsstadt Marburg:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

§ 3 Abs. 1 Ziff. 1.13 erhält folgende Fassung:

1.13 Der/Dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates wird eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 250,00 € und den weiteren Mitgliedern des Ausländerbeirates ein Sitzungsgeld i. H. v. 20,00 € gezahlt.

Der II. Nachtrag tritt zum 01.01.2008 in Kraft.

---

zu 7 Erneuerung der Universitätsstraße im Zuge der K 68
- Entwurfsgenehmigung gemäß Ziffer 2.23, Anlage 21 AGA
Vorlage: VO/1797/2007

Zusammen mit diesem Tagesordnungspunkt wird der TOP 14.2 aufgerufen betr.

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Planungsalternativen Universitätsstraße VO/1611/2007.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD).

Zu TOP 7:
Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Zu TOP 14.2:
Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt in Einzelabstimmung der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Die Punkte 1 - 5 und 7 empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss abzulehnen.

Den Punkt 8 empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss abzulehnen.

Der Punkt 6 wurde von der antragstellenden Fraktion dahingehend verändert, dass an Stelle des Wortes "einzurichten" die Worte "zu prüfen" eingefügt wurden. In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung.

Beide Vorlagen wurden auch im Umweltausschuss beraten. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Protokollauszüge. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung gleiche Beschlussfassung wie der Bau- und Planungsausschuss.

Die Aussprache wurde im Ältestenrat nachträglich angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Busch (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke), Uchtmann (MBL), Jannasch (CDU), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Sell (SPD). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Weiter sprechen die Stadtverordnete Oppermann (CDU) und Oberbürgermeister Vaupel.

Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt vor, genau wie in den Ausschüssen über die einzelnen Bestandteile der Vorlagen getrennt abzustimmen. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 14.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Planungsalternativen Universitätsstraße:

Zu den Ziffern 1 - 5 und 7:
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Ziffer 6.:
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke, bei Nein-Stimmen der CDU und der MBL und bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Im gesamten Planungsbereich sind verbesserte Querungsmöglichkeiten für Fußgänger (durchgehende Grünphase am Rudolphsplatz, längere Grünphasen an der Gutenbergstraße, Haspelstraße und am Wilhelmsplatz)

zu prüfen.

Zu Ziffer 8.:
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und der Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktion und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 7 Vorlage des Magistrats Erneuerung der Universitätsstraße im Zuge der K 68 - Entwurfsgenehmigung gemäß Ziffer 2.23, Anlage 21 AGA, VO/1797/2007:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, bei Nein-Stimmen der CDU und MBL und bei Enthaltung der Marburger Linken folgenden Beschluss:

1. **Der Entwurfsplanung zur Erneuerung der Universitätsstraße gemäß AGA 2.23 wird zugestimmt.**
2. **Für die Ausbauvariante „Baumallee mit einseitigem Radfahrstreifen" (Begründung Ziffer 3: Neue Konzeption) wird die Anhörung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt und damit das Plangenehmigungsverfahren eingeleitet.**

---

zu 8 **Vertrag mit der E.ON Mitte AG wegen Kommunalrabatt und Konzessionsabgabennachzahlung**
Vorlage: VO/1833/2007

Die Vorlage wird zurückgestellt bis zur Dezember-Sitzung.

---

zu 9 **Sanierungsgebiete Nordwestliche Oberstadt und Weidenhausen**
Aktualisierter Beschluss zur Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung der Sanierungsgebiete in dem nordwestlichen Teil der Oberstadt und des Stadtteils Alt-Weidenhausen
Ersatz- und Ergänzungsgebiet Weidenhausen-Süd
Aktualisierter Beschluss zur Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Ersatz- und Ergänzungsgebietes im Stadtteil Weidenhausen
Vorlage: VO/1838/2007

Die Vorlage wird zurückgestellt bis zu Dezember-Sitzung.

---

zu 10 **Wirtschaftsplan 2008 der Stadtwerke Marburg GmbH**
Vorlage: VO/1878/2007

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2008 der Stadtwerke Marburg GmbH wird zugestimmt.

---

zu 11 Bericht des Akteneinsichtsausschusses "Bauvorhaben vor dem Lutherischen Kirchhof"

Gemeinsam mit diesem Tagesordnungspunkt werden aufgerufen, die Fraktionsanträge
TOP 11.1 "Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bausünde am Rübenstein" VO/1585/2007
TOP 11.2 "Antrag der FDP-Fraktion betr. Bauvorhaben Am Rübenstein" VO/1609/2007
TOP 11.3 "Antrag der CDU-Fraktion betr. Missbilligung des Verhaltens von Bürgermeister Dr. Kahle im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben Am Rübenstein" VO/1675/2007

In der Sitzung des Ältestenrates wurde vereinbart, diese Vorlagen gemeinsam aufzurufen und mit Aussprache zu beraten.

Zunächst trägt der Vorsitzende des Akteneinsichtsausschusses Stadtverordneter Becker (SPD) den vom Akteneinsichtsausschuss mehrheitlich beschlossenen Abschlussbericht vor, der auch in der Vorlage der Stadtverordnetenversammlung abgedruckt ist.

Weiterhin spricht der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke). Er trägt eine Kommentierung des Minderheitsberichts der Marburger Linken vor, der ebenfalls in der Vorlage abgedruckt ist. Im Rahmen der Aussprache sprechen sodann die Stadtverordneten Schwebel (FDP), Dr. Uchtmann (MBL), Lohse (CDU), Becker (SPD), Dr. Wulff (CDU). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Der Stadtverordnete Becker (SPD) stellt den Geschäftsordnungsantrag: Schluss der Debatte. Dagegen wird nicht gesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag wird angenommen und die Debatte wird geschlossen.

Während der Aussprache hat von 20:43 Uhr bis 21:30 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzung geleitet.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt anschließend über den Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses und den vorgelegten Minderheitsbericht der Marburger Linken getrennt abstimmen.

1. <u>Zum Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses:</u>
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD und Bündnis

90/Die Grünen, bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Bericht des Akteneinsichtsausschusses "Bauvorhaben vor den Lutherischen Kirchhof" wird beschlossen.

2. Zum Minderheitsbericht der Fraktion Marburger Linke:
Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Marburger Linken und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Minderheitsbericht der Fraktion Marburger Linke zum Akteneinsichtsausschuss "Bauvorhaben vor den Lutherischen Kirchhof" wird abgelehnt.

Zum Tagesordnungspunkt 11.1 "Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bausünde am Rübenstein":
Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher an Hand der Niederschrift. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, FDP, MBL und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu TOP 11.2 "Antrag der FDP-Fraktion betr. Bauvorhaben Am Rübenstein"
Der Antrag wird in Anbetracht der aktuellen Beschlusslage als erledigt angesehen. Eine Abstimmung wird nicht durchgeführt.

Zu 11.3 "Antrag der CDU-Fraktion betr. Missbilligung des Verhaltens von Bürgermeister Dr. Kahle im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben Am Rübenstein"
Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher an Hand der Niederschrift über die Sitzung vom 20.09.2007. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, FDP, MBL und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 11.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bausünde am Rübenstein
Vorlage: VO/1585/2007

Zusammen mit dem TOP 11 beraten und abgestimmt.

---

zu 11.2 Antrag der FDP-Fraktion betr. Bauvorhaben Am Rübenstein

Vorlage: VO/1609/2007

Zusammen mit dem TOP 11 beraten und abgestimmt.

---

zu 11.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Missbilligung des Verhaltens von Bürgermeister Dr. Kahle im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben Am Rübenstein
Vorlage: VO/1675/2007

Zusammen mit dem TOP 11 beraten und abgestimmt.

---

zu 12 Bericht des Akteneinsichtsausschusses "Marburger Altenhilfe"

Zusammen mit diesem Tagesordnungspunkt werden aufgerufen die
Tagesordnungspunkte 12.1 "Antrag der CDU-Fraktion betr. Missstände in der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH" VO/1321/2007
Tagesordnungspunkt 12.2 "Antrag der FDP-Fraktion betr. Marburger Altenhilfe" VO/1610/2007
Tagesordnungspunkt 12.3 "Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Vertraulichkeit der Arbeit im Akteneinsichtsausschuss "Altenhilfe"" VO/1862/2007

Zum Tagesordnungspunkt 12 berichtet der Stadtverordnete Göttling als Vorsitzender des Akteneinsichtsausschusses Marburger Altenhilfe und trägt den Abschlussbericht des Ausschusses vor. Der Bericht ist in der Vorlage abgedruckt.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Stompfe (CDU), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Uchtmann (MBL). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

Nach Beendigung der Aussprache stellt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst den Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses Marburger Altenhilfe zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses Marburger Altenhilfe wird beschlossen.

<u>Zum Tagesordnungspunkt 12.1 "Antrag der CDU-Fraktion betr. Missstände in der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH"</u>

Die Vorlage ist im Sozialausschuss beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von CDU, FDP und MBL, gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zum Tagesordnungspunkt 12.2 "Antrag der FDP-Fraktion betr. Marburger Altenhilfe"

Für den Sozialausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Antrag wurde im Sozialausschuss mehrheitlich für erledigt erklärt.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet ebenfalls der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss hat mehrheitlich beschlossen, sich nicht mit dem Antrag zu befassen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP, CDU und der Marburger Bürgerliste, bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Zum Tagesordnungspunkt 12.3 "Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Vertraulichkeit der Arbeit im Akteneinsichtsausschuss "Altenhilfe"" berichtet für den Haupt- und Finanzausschuss der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der MBL-Fraktion und bei einer Enthaltung mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Arbeit im Akteneinssichtsausschuss, insbesondere die Akteneinsichtsnahme, unterliegt strenger Vertraulichkeit. Deshalb werden der Magistrat und der Stadtverordnetenvorsteher aufgefordert der Verletzung der Verschwiegenheitspflicht durch Stadtverordnete im Akteneinsichtsauschuss „Altenhilfe" nachzugehen und rechtliche Schritte einzuleiten.

---

zu 12.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Missstände in der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH
Vorlage: VO/1321/2007

Die Vorlage wurde gemeinsam mit dem TOP 12 aufgerufen und abgestimmt.

---

zu 12.2 Antrag der FDP-Fraktion betr. Marburger Altenhilfe
Vorlage: VO/1610/2007

Die Vorlage wurde gemeinsam mit dem TOP 12 aufgerufen und abgestimmt.

---

zu 12.3 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Vertraulichkeit der Arbeit im Akteneinsichtsausschuss "Altenhilfe"
Vorlage: VO/1862/2007

Die Vorlage wurde gemeinsam mit dem TOP 12 aufgerufen und abgestimmt.

---

zu 13 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

---

zu 14 Anträge der Fraktionen

---

zu 14.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Mobbing unter Jugendlichen
Vorlage: VO/1439/2007

Die Vorlage wird zurückgestellt.

---

zu 14.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Planungsalternativen Universitätsstraße
Vorlage: VO/1611/2007

Zusammen mit TOP 7 aufgerufen und abgestimmt.

---

zu 14.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Beteiligung der Aufsichtsräte
Vorlage: VO/1682/2007

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von CDU, FDP und MBL gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 14.4 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Workshop zur Kommunalen Altenplanung
Vorlage: VO/1821/2007

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten einen Workshop zur kommunalen Altenplanung durchzuführen und dazu auch externe Experten einzuladen.

1. **Ziel dieses Workshops soll die Entwicklung eines Konzepts sein, das den veränderten Bedingungen des Älterwerdens Rechnung trägt und sich daran orientiert, ein möglichst selbstbestimmtes Leben im Alter zu realisieren.**

2. **Dabei sollen die folgenden Bereiche Berücksichtigung finden:**
   - Selbstbestimmung und soziale Bezüge
   - Wohnen
   - Mobilität/Barrierefreiheit
   - Kultur/Bildung
   - Bewegung/Sport
   - Pflege
   - Infrastruktur

3. **Der Workshop soll auch die unterschiedlichen Akteure identifizieren (und möglichst auch schon beteiligen), die für die konkrete Gestaltung der einzelnen Felder verantwortlich einbezogen werden sollen (Bürgerinnen und Bürger, soziale und kulturelle Einrichtungen, Sport, Politik, Verwaltung u. a.).**

---

zu 14.5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Straßenbelag Körnerstraße
Vorlage: VO/1822/2007

Der Antrag ist im Umweltausschuss von der antragstellenden Fraktion zurückgestellt worden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Februar-Sitzung.

---

zu 14.6 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Damen-Basketball
Vorlage: VO/1825/2007

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss wie folgt abgeändert worden:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept zu erstellen, um den BC Marburg bei der Durchführung des Season-Opening zu unterstützen.

Außerdem soll der Antrag in der Sportkommission diskutiert werden.

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen eine Stimme aus der Fraktion der Marburger Linken mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept zu erstellen, um den BC Marburg bei der Durchführung des Season-Opening zu unterstützen.

---

zu 14.7 Antrag der B90/Die Grünen/SPD-Fraktionen betr. Informationen für Seniorinnen und Senioren
Vorlage: VO/1828/2007

Der Antrag ist im Sozialausschuss beraten worden. Er wurde dort von den antragstellenden Fraktionen für erledigt erklärt.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 14.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Preiserhöhungen für Strom und Gas vermeiden.
Vorlage: VO/1840/2007

Der Antrag wird auf Wunsch der Antragsteller vertagt bis zur Februar-Sitzung 2008.

---

zu 14.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Hessisches Vergabegesetz
Vorlage: VO/1855/2007

Die Vorlage wurde vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat zur weiteren Beratung überwiesen.

Nach der Beratung im Ältestenrat wurde die Vorlage zurückgestellt bis die Antragsteller eine erneute Aufnahme in die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung beantragen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 14.10 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Verzicht auf den Einsatz von Laubblasgeräten mit Verbrennungsmotoren
Vorlage: VO/1879/2007

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP, bei Nein-Stimmen der CDU-Fraktion

und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

1. **Die Stadt Marburg verzichtet im eigenen Wirkungsbereich (Stadtgrün, Umwelt und Natur, Schulen, Kindergärten, etc.) auf den Einsatz von Laubblasgeräten mit Verbrennungsmotoren.**

2. **Sie wirkt auf die städtischen Beteiligungen (u. a. DBM, Stadtwerke, GeWoBau) ein, ihrem Beispiel zu folgen.**

3. **Die Stadt informiert die Bürger über die schädlichen Auswirkungen von Laubblasgeräten und wirbt dafür, sie weniger oder überhaupt nicht mehr zu nutzen.**

4. **Die Stadt Marburg wendet sich an das Land Hessen mit der Bitte eine entsprechende Verordnung zur Unterbindung der Verwendung von Laubblasgeräten mit Verbrennungsmotoren zu erlassen.**

---

zu 14.11 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Armutsbericht
Vorlage: VO/1881/2007

Der Antrag ist im Sozialausschuss beraten worden. Er wurde dort wie folgt abgeändert:

"Der Magistrat wird aufgefordert, im I. Quartal 2008 dem Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen die bis dahin erhebbaren Daten zu den nachfolgenden Fragen vorzulegen und zur Diskussion zu stellen:

- Wie viele Menschen sind in Marburg auf Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II angewiesen?
- Wie viele Menschen suchen die Marburger Tafel auf?
- Wie viele Menschen haben den Stadtpass?
- Wie viele Menschen suchen schon länger nach einer Wohnung oder wurden -über Hartz IV- gezwungen, sich eine neue Wohnung zu suchen und gibt es bezahlbaren Wohnraum für die Menschen?
- Wie viele Menschen können ihre Unterbringung in einem Alten- oder Pflegeheim nicht finanzieren und haben deshalb als sozialhilfeabhängige Bewohner eines solchen Heims lediglich Taschengeld zur Verfügung?
- Wie gehen Schulen damit um, dass viele Eltern zusätzlich geforderte Lernmittel nicht bezahlen können?
- Wie viele Menschen in Marburg sind obdachlos und welche Hilfe wird ihnen von Seiten der Stadt angeboten?
- Wie viele Menschen werden von Caritas, Diakonie, Sozialdienst Katholischer Frauen und anderen unterstützt?

.....

Auch sollte der Bericht Angaben darüber enthalten, welchen Altersgruppen (Kinder ?), welchem Geschlecht die betreffenden Personen angehören, ob Migrationshintergrund vorliegt - ebenso wie darüber, ob etwa Transferleistungsabhängigkeit schon über Generationen hinweg besteht.
Caritative, diakonische Einrichtungen -z.B. der Kinderschutzbund- sollten ebenso wie die Marburger Gemeinwesenprojekte und die entsprechenden Abteilungen

der Verwaltung, einschließlich Kreisjobcenter, um ihre Einschätzungen und Statistiken gebeten werden, damit der Armutsbericht so nah wie irgend möglich die Realität widerspiegelt."

Die Neufassung des Antrages liegt allen Stadtverordneten als Kopie vor.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, im I. Quartal 2008 dem Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen die bis dahin erhebbaren Daten zu den nachfolgenden Fragen vorzulegen und zur Diskussion zu stellen:

- **Wie viele Menschen sind in Marburg auf Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II angewiesen?**
- **Wie viele Menschen suchen die Marburger Tafel auf?**
- **Wie viele Menschen haben den Stadtpass?**
- **Wie viele Menschen suchen schon länger nach einer Wohnung oder wurden -über Hartz IV- gezwungen, sich eine neue Wohnung zu suchen und gibt es bezahlbaren Wohnraum für die Menschen?**
- **Wie viele Menschen können ihre Unterbringung in einem Alten- oder Pflegeheim nicht finanzieren und haben deshalb als sozialhilfeabhängige Bewohner eines solchen Heims lediglich Taschengeld zur Verfügung?**
- **Wie gehen Schulen damit um, dass viele Eltern zusätzlich geforderte Lernmittel nicht bezahlen können?**
- **Wie viele Menschen in Marburg sind obdachlos und welche Hilfe wird ihnen von Seiten der Stadt angeboten?**
- **Wie viele Menschen werden von Caritas, Diakonie, Sozialdienst Katholischer Frauen und anderen unterstützt?**

.....

Auch sollte der Bericht Angaben darüber enthalten, welchen Altersgruppen (Kinder ?), welchem Geschlecht die betreffenden Personen angehören, ob Migrationshintergrund vorliegt - ebenso wie darüber, ob etwa Transferleistungsabhängigkeit schon über Generationen hinweg besteht.
Caritative, diakonische Einrichtungen -z.B. der Kinderschutzbund- sollten ebenso wie die Marburger Gemeinwesenprojekte und die entsprechenden Abteilungen der Verwaltung, einschließlich Kreisjobcenter, um ihre Einschätzungen und Statistiken gebeten werden, damit der Armutsbericht so nah wie irgend möglich die Realität widerspiegelt.

---

zu 14.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Unterstützung des Wirtschaftsministeriums
Vorlage: VO/1882/2007

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Februar-Sitzung 2008.

---

zu 14.13 Antrag der MBL-Fraktion betr. Ampelschaltung am Marktdreieck
Vorlage: VO/1883/2007

Die Vorlage ist im Umweltausschuss zurückgezogen worden.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 14.14 Antrag der MBL-Fraktion betr. Überprüfung von Bebauungsplänen
Vorlage: VO/1884/2007

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Die Antragsteller haben die Absicht bekundet, einen anders lautenden Antrag zum Sachverhalt einzubringen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 14.15 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Klimaaktionstag: Licht aus am 8. Dezember
Vorlage: VO/1906/2007

Der Antrag ist von der antragstellenden Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss zurückgezogen worden, da er inzwischen erledigt ist.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 15 Kenntnisnahmen

---

zu 15.1 Verwendung der Budgetmittel aus dem Budgetring 27850 und überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt 2007
Vorlage: VO/1857/2007

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt allen Stadtverordneten eine neugefasste Vorlage, die die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss berücksichtigt, vor.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 15.2 Überplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2007
Vorlage: VO/1887/2007

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher erteilt dem Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Marburger Linke) das Wort zum Vortrag einer persönlichen Erklärung.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:13 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle